ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Reszat, Beate

**Article — Digitized Version**

# Europäische Integration und internationale währungspolitische Kooperation

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Reszat, Beate (1989) : Europäische Integration und internationale währungspolitische Kooperation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 11, pp. 577-580

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136580

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Beate Reszat

# Europäische Integration und internationale währungspolitische Kooperation

*Die Diskussion über die monetäre Integration innerhalb Europas verstellt oft den Blick auf die Außenbeziehungen der Gemeinschaft[1]. Dabei gibt es gerade im Bereich der Geld- und Währungspolitik Überlegungen, wie sich weltweit die Kooperation der Länder effizienter gestalten ließe[2]. Wie lassen sich diese Ansätze und ihre Erfolgsaussichten beurteilen?*

Die Zukunft der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit wird nicht unerheblich von den zukünftigen geldpolitischen Rahmenbedingungen in Europa bestimmt. Drei Szenarien sind denkbar:

☐ Entweder gelingt es der deutschen Bundesbank, die regionale Führungsrolle, die sie zur Zeit de facto im EWS spielt, auch in Zukunft beizubehalten,

☐ oder die Länder einigen sich auf eine andere Form der Kooperation, bei der die Bundesbank nicht den Ton angibt – sei es auf die Errichtung einer Europäischen Zentralbank oder eine gleichgewichtigere Art der Konsensfindung aller[3],

☐ oder es kommt zu einem Rückfall in den Dissens, in dem jedes Land eine eigene Konzeption verfolgt, auch wenn diese der Konzeption anderer Staaten widerspricht und neue Spannungen für das System bedeutet[4].

In jedem dieser Fälle dürften die Optionen für eine weltweite geldpolitische Zusammenarbeit und für die Durchsetzbarkeit europäischer Interessen unterschiedlich sein.

Wie auch in den Bezeichnungen G3 oder G7 zum Ausdruck kommt, werden große westliche Industrieländer in der Öffentlichkeit vielfach als eine Gemeinschaft betrachtet, die dieselben Interessen verbindet. Auf den ersten Blick erscheint das einleuchtend: Plädieren diese Staaten nicht – beispielsweise auf den Wirtschaftsgipfeln – immer wieder für eine Stabilisierung der Währungsrelationen, die Dämpfung weltweiter Inflationstendenzen und die Beseitigung weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Die schwierige Praxis der internationalen wirtschafts- und währungspolitischen Kooperation zeigt jedoch, daß die Dinge so einfach nicht liegen. Die Interessenlage, die Beziehungen dieser Staaten untereinander und deren Problematik werden im folgenden mit Hilfe der Klubtheorie näher analysiert[5].

Die Klubtheorie beschäftigt sich mit der Frage, welches die optimale Größe einer Gruppe ist, unter welchen Umständen ein einzelner geneigt sein wird, sich ihr anzuschließen, und wieviel sie von einem Kollektivgut bereitstellen sollte. Übertragen auf die hier betrachtete Situation würde also untersucht, in welcher Zusammensetzung eine internationale Kooperation in der Geld- und Währungspolitik die größten Erfolgsaussichten hätte, unter welchen Konstellationen sich die europäischen Länder – einzeln oder im Verbund – zu einer derartigen Kooperation bereitfänden und auf welche Schwerpunkte sich ihr Interesse richten sollte.

Generell wird davon ausgegangen, daß die Kooperationsbereitschaft des einzelnen nicht nur von den direkten Kosten und Nutzen, die er sich davon verspricht, sondern auch von den Erfolgsaussichten einer Zusammenarbeit abhängt. Diese wiederum werden von der Gruppengröße beeinflußt: Sie werden in der Regel um so höher sein, je überschaubarer sich die Situation darstellt und je weniger Akteure es zu koordinieren gilt[6]. Auf der anderen Seite birgt aber eine kleine Gruppe die Ge-

*Dr. Beate Reszat ist Forschungsgruppenleiterin in der Abteilung Internationale Finanzen, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.*

[1] Eine Ausnahme bilden P. Bofinger: European and International Economic Policy Cooperation – The Need for an Integrated Approach, Studie für ein gemeinsames Forschungsprojekt zu „International Macroeconomic Policy Cooperation" der Sasakawa Peace Foundation, Tokio, des Institute for International Economics, Washington, D.C., und des HWWA-Instituts, Hamburg, September 1989; und E. Thiel: Das EWS im internationalen Währungssystem – Eine Herausforderung für die USA? – Äußere Profilierung und innere Konvergenz, in: H.-E. Scharrer, W. Wessels (Hrsg.): Das Europäische Währungssystem, Bonn 1983.

fahr, daß einige der Hauptakteure gar nicht in ihr enthalten sind und durch ihr Vorgehen den Erfolg des Ganzen in Frage stellen. Beide Aspekte sind gegeneinander abzuwägen.

Ein Klub ist definitionsgemäß jeder freiwillige Zusammenschluß von Akteuren mit dem Ziel, einen (ökonomischen!) Vorteil aus einem der folgenden Charakteristika zu erlangen: Einer gemeinsamen Übernahme von Produktionskosten und der Ausnutzung von Skalenerträgen, der Ausnutzung bestimmter Eigenschaften der Mitglieder und/oder dem Konsum eines sogenannten Klubgutes, von dem sich Nichtmitglieder ausschließen lassen[7]. Ob Länder, die eine gemeinsame oder aufeinander abgestimmte Geld- und Währungspolitik anstreben, tatsächlich als ein Klub in diesem Sinne zu verstehen sind, hängt davon ab, inwieweit sie diesen Kriterien genügen.

### Industrieländerklubs

Mit Sicherheit reicht es dafür nicht aus, das gemeinsame Merkmal „großes westliches Industrieland" zu erfüllen. Dieses allein beinhaltet ja noch keinen ökonomischen Vorteil, der sich durch die Gruppe ausnutzen ließe. Zwar befinden sich „große" Industrieländer, in welcher Abgrenzung auch immer, aus geldpolitischer Sicht häufig in einer ähnlichen Situation, die vergleichbare Interessen entstehen läßt – eine hohe Inflation etwa ist für jedes Land problematisch –, nur treten diese nicht in allen Ländern gleichzeitig auf, erlangen nicht überall den gleichen Stellenwert und schließen nicht aus, daß die aus nationaler Sicht erforderlichen Strategien einander widersprechen.

Vergleichbare Interessen bedeuten also noch nicht, daß ein „gemeinsames" Interesse vorliegt. Das etwa wäre gegeben, wenn es den Ländern darum ginge, ein gemeinsames „Klubgut" bereitzustellen. Ein Klubgut ist ein öffentliches Gut, das sich durch partielle Rivalität und/oder Ausschließbarkeit auszeichnet. Ziele wie eine Förderung des Welthandels, Eindämmung weltweiter Inflationstendenzen oder Währungsstabilisierung erfüllen diese Kriterien in unterschiedlichem Maße. Von dem Nutzen einer erfolgreichen Stabilisierung der Wechselkurse beispielsweise läßt sich kein Land, dessen Währung gegenüber der betreffenden Währung des stabilisierten Landes frei gehandelt wird, ausschließen; hier entsteht auch keine Rivalität in dem Sinne, daß die Inanspruchnahme des Gutes durch einen die Konsumchancen anderer schmälert.

Anders verhält es sich mit der Inflationsbekämpfung oder der Wachstumsförderung: Zahllose Diskussionen über „beggar-my-neighbour"-Verhalten haben gezeigt, daß sich diese Ziele gerade auf Kosten anderer gut erreichen lassen. Denkbar wäre etwa ein Klub von Ländern, die ihre wirtschaftspolitischen Anstrengungen auf eine gemeinsame Erhöhung des Wirtschaftswachstums einer Region richten, die damit verbundenen negativen Wirkungen – wie eine Schwächung ihrer Exportwettbewerbsfähigkeit bei mit zunehmender Kapazitätsauslastung steigenden Preisen – aber mit Hilfe entsprechender Wechselkursänderungen auf Drittländer abwälzen.

### Das Kernproblem

Diese Überlegungen gehen jedoch in gewissem Sinne an dem eigentlichen Kern der Frage vorbei, nämlich ob überhaupt der Wunsch besteht, ein gemeinsames Gut bereitzustellen. In einer Welt, in der sich wirtschaftspolitische Entscheidungsträger vor nationalen Parlamenten zu rechtfertigen haben und in der ihr Wohl und Wehe allein von den Wählern ihres Landes abhängt, muß im Zweifel ein wie auch immer geartetes gemeinsames Ziel – und nichts anderes ist ein Klubgut – hinter nationalen Interessen zurückstehen.

Wenn also in der internationalen Wirtschaftspolitik Staaten miteinander kooperieren, so sind sie, jenseits aller politischen Rhetorik, nur insoweit als ein Klub zu

---

[2] Im Gespräch ist vor allem eine Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik innerhalb der G7 – also der Länder Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA –, wie sie Miller und Williamson vorschwebt. Sie würde nach vollendeter Europäischer Integration zu einer Kooperation der Triade Europa – Nordamerika – Japan werden. Diskutiert wird aber auch eine trilaterale monetäre Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und der Bundesrepublik, wie sie der McKinnon-Vorschlag vorsieht. Vgl. J. Williamson, M. H. Miller: Targets and Indicators: A Blueprint for the International Coordination of Economic Policy, Washington, D.C. 1987; R. I. McKinnon: Currency Substitution and Instability in the World Dollar Standard, in: American Economic Review, Vol. 72, Nr. 3, Juni 1982.

[3] Siehe zu der ersten Möglichkeit umfassend R. Hasse: Die Europäische Zentralbank: Perspektiven für eine Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems, Gütersloh 1989. Vgl. zu der zweiten Alternative einer gleichgewichtigeren Konsensfindung auch H.-E. Scharrer: Eine Zentralbank für Europa?, in: Integration, Juli 1988, S. 97 f.

[4] Vgl. dazu beispielsweise W. Filc: Europäische Geldpolitik nach 1990, Beitrag für das Symposium „Europäische Zentralbank – Europäische Währungspolitik im Wandel" vom 12.-14. Oktober 1989 an der Universität der Bundeswehr Hamburg, Trier 1989.

[5] Die Klubtheorie geht ursprünglich auf die Arbeiten von Buchanan und Olson zurück. Siehe J. M. Buchanan: An Economic Theory of Clubs, in: Economica, Vol. 32, Nr. 125, 1965, S. 1-4; M. Olson: Die Logik kollektiven Handelns, Tübingen 1968. Einen Überblick über neuere Ansätze der Klubtheorie geben R. Cornes, T. Sandler: The Theory of Externalities, Public Goods, and Club Goods, Cambridge 1986.

[6] Dieses Argument spräche beispielsweise für sich genommen eher für den McKinnon-Ansatz als für den Vorschlag von Williamson und Miller. Allerdings können in kleinen Gruppen Konflikte womöglich sogar leichter zum Ausbruch kommen als in einem größeren Kreis, weil einzelne Akteure hier stärker miteinander konfrontiert werden. Die Gültigkeit dieses Arguments bliebe also im Einzelfall zu prüfen.

[7] Siehe beispielsweise R. Cornes, T. Sandler, a.a.O., S. 24.

verstehen, als sie das Kriterium eines gemeinsamen „burden sharing" erfüllen und sich zusammenfinden, um die Kosten einer Erreichung nationaler Ziele, die nicht in Widerspruch zueinander stehen, gemeinsam zu tragen. Ihr Verhalten ähnelt dem einer Fahrgemeinschaft, deren Mitglieder eine Strecke gemeinsam zurücklegen, bevor sich ihre Wege trennen, um unterschiedliche Bestimmungsorte zu erreichen. Solange sie den gleichen Weg haben, sind sie bereit, sich die Fahrtkosten zu teilen; vielleicht nehmen sie auch kleinere Umwege in Kauf, wenn sie dadurch insgesamt immer noch günstiger fahren als allein (oder in anderer Gesellschaft) oder wenn sie erwarten, daß sich ihre Begleiter bei anderer Gelegenheit ähnlich entgegenkommend zeigen werden. Sie haben aber in der Regel kein gemeinsames Fahrtziel.

Wie in der zukünftigen Geld- und Währungspolitik der Weg beschaffen ist, den Europäer mit Drittländern gemeinsam zurücklegen wollen oder können, und wie viele Umwege sie dabei in Kauf nehmen, hängt letzlich nicht nur von den Zielen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch von ihrer Durchsetzungsfähigkeit, ihrer Kompromißbereitschaft und Konsensfähigkeit in internationalen Verhandlungen ab. Je größer etwa die Einigkeit unter ihnen ist, mit desto mehr Nachdruck und Glaubwürdigkeit dürften sie ihre Interessen auch nach außen vertreten können

### Führungsrolle der Bundesbank

Für den Fall, daß die deutsche Bundesbank auch in Zukunft die Rolle einer Leitzentralbank im EWS einnimmt, stehen die Chancen dafür besonders günstig. Dadurch, daß das Land mit der weltweit zweitwichtigsten Anlage- und Reservewährung mit Zustimmung anderer Staaten den grundlegenden Kurs in der Geldpolitik Europas bestimmt, ist gewährleistet, daß zumindest keiner der Hauptakteure des Finanz- und Währungsgeschehens von einer Zusammenarbeit ausgeschlossen ist oder ihr entgegenwirkt. Das dürfte helfen, Zielkonflikte und Widersprüche zwischen einer regionalen und einer weltweiten Kooperation auf ein Minimum zu reduzieren.

Weniger eindeutig stellt sich die Situation dar, wenn die europäischen Staaten zu einer Form der Zusammenarbeit finden, in der die Bundesbank nicht die Führung inne hat. Für die Durchsetzbarkeit europäischer Interessen gegenüber Dritten kommt es in diesem Fall auf die Reputation der Europäer an, und diese wiederum dürfte stark davon abhängen, welche Haltung die Bundesbank dazu einnimmt.

Zu unterscheiden ist hier zwischen dem Nutzen für die Gemeinschaft als Ganzes und dem eines einzelnen Landes. Denkbar wäre beispielsweise, daß die Bundesrepublik oder jedes andere Land für eine internationale Kooperation den Wunsch haben mag, einer anderen oder auch nur einer kleineren Koalition als dem EWS anzugehören – man denke nur an die Konstellationen zur Zeit des Plaza-Agreements. Vorstellbar wäre aber auch, daß es je nach Situation zu wechselnden Bündnissen kommt: Geht die Leitfunktion der Bundesbank verloren, mag das für alle Beteiligten ein Anlaß sein, über ein größeres Spektrum von Handlungsalternativen als bisher nachzudenken. Das gilt insbesondere, wenn sie sich um eine gleichgewichtige Konsensfindung in Europa bemühen und kein Land und keine übergeordnete Instanz, wie etwa eine Europäische Zentralbank, eine eindeutige Vormachtstellung beansprucht, die Orientierungshilfe bieten kann. Entsprechend leichter gerät dann aber auch gerade in Krisenzeiten, wenn Konflikte innerhalb der Gemeinschaft aufbrechen und die Unsicherheiten zunehmen, ein einmal gefundener Konsens ins Wanken und entsprechend weniger verläßlich werden auch Drittländer ein solches Bündnis einschätzen.

### Unsichere Koalitionen

Aus deutscher Sicht stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen es dienlich wäre, sich einem Gruppenzwang in Europa zu unterwerfen, selbst wenn dieser beispielsweise eine Abkehr von einem Stabilitätskurs fordert, der bislang die Reputation einer Politik ausmacht. Aus der Klubtheorie stammt das Argument, daß dafür der Nutzen, den sich die Bundesrepublik davon verspricht, nicht kleiner sein darf als der, den sie auf sich gestellt oder innerhalb irgendeiner anderen Zusammensetzung von Ländern erwarten kann[8]. Dieses Kriterium ist jedoch nicht so eindeutig, wie es klingt. Entscheidend ist, worin der Nutzen einer Kooperation gesehen wird, und hier bietet die Theorie keine Hilfe. Ist es allein der unmittelbar erkennbare wirtschaftspolitische Vorteil, der damit verbunden wäre, oder spielen etwa auch längerfristige Aspekte wie der einer Festigung der Beziehungen und der Erlangung zunehmender Integrationsfortschritte in Europa eine Rolle? Im Grunde vergrößert sich hier das Entscheidungsproblem also nicht nur durch den Anreiz, mehr Handlungsalternativen in Betracht zu ziehen; auch die Kriterien für eine Beurteilung dieser Alternativen werden nun vielschichtiger, da nicht mehr von einem (leidlich) funktionierenden Status quo ausgegangen werden kann, der aus der Übung vergangener Jahre heraus eine gewisse Sicherheit bot.

[8] Vgl. etwa das Konzept des Kerns in einer spieltheoretischen Behandlung von Koalitionen, z. B. in: J. McMillan: Game Theory in International Economics, Chur 1986.

Für den Fall, daß sich die Bundesbank den Entscheidungen anderer unterwürfe, aber erkennen ließe, daß dies nur zögernd geschieht, wäre für eine internationale Kooperation wenig gewonnen. Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Gemeinschaftspolitik und an der Stabilität ihres Konsenses würden die Position der Europäer in internationalen Verhandlungen schwächen oder sie auf der anderen Seite gar zu demonstrativen Aktionen treiben, die mehr Schaden als Nutzen anrichten. Drittländer würden mehr als bisher damit rechnen müssen, daß Instabilitäten in den internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen zu innergemeinschaftlichen Konflikten führen, die den Bestand des Bündnisses gefährden und vergangene Beschlüsse auf internationaler Ebene obsolet werden lassen.

### Uneinigkeit

Am ungünstigsten würde sich allerdings die Situation darstellen, wenn es den EWS-Staaten überhaupt nicht gelänge, sich auf eine Politik zu einigen. Die internationalen Beziehungen wären in diesem Fall von Land zu Land unterschiedlich einzuschätzen: Staaten wie Belgien oder Dänemark dürften es nun deutlich schwerer haben, international eigene geldpolitische Interessen durchzusetzen oder auch nur gebührend Gehör zu finden. Einzig die zu der Gruppe der Sieben zählenden Länder Frankreich, Großbritannien und Italien hätten vielleicht Chancen, in entsprechende Verhandlungen einbezogen zu werden.

Anders sähe es für die Bundesrepublik aus. Die Stellung der D-Mark als weltweit zweitwichtigste Anlage- und Reservewährung verschafft ihr im Zweifel genügend Gewicht, ihre Interessen auch im Alleingang durchzusetzen. Gemäß der Klubtheorie dürfte es ihr sogar leichter fallen, international Kompromisse zu schließen, wenn der Kreis der Akteure kleiner ist und sie nicht um jeden Preis auf die Belange anderer europäischer Staaten Rücksicht nehmen muß. Doch so günstig die Aussichten für eine eigenständige Politik nach außen sein mögen, so schwer wiegen die Spannungen, die dadurch unter Umständen in das EWS hineingetragen werden und die Rückschritte in der Europäischen Integration, die dann zu befürchten wären. Das erklärt den Wunsch der Beteiligten, sich auch unter schwierigen Umständen zu einigen.

Hilfreich wäre dafür, wenn es gelänge, sowohl innerhalb Europas als auch in dem Verhältnis zu Dritten zunächst einmal zu einer einheitlichen Situationseinschätzung zu gelangen, die es erlaubt, über einen – gemeinsamen oder getrennten – effizienten Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente zu befinden. Hilfreich dafür wäre es wiederum, sich vor Augen zu führen, daß die Länder in bezug auf die Geld- und Währungspolitik eben kein Klub sind, der ein gemeinsames Interesse verfolgt, sondern daß es gilt, unterschiedliche Ziele aufeinander abzustimmen.

Je mehr Offenheit in diesem Punkt herrscht, desto größer dürfte die Chance einer Einigung auf eine Gestaltung der Außenbeziehungen sein, deren Glaubwürdigkeit und Verbindlichkeit außer Frage steht. Dabei sollten aus europäischer Sicht die komparativen Vorteile, die die internationale Reputation bislang verfolgter Strategien bietet, nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt und die Risiken aus einer unübersichtlicheren und damit potentiell instabileren Konstellation nicht unüberlegt eingegangen werden. Ein Verdienst der Klubtheorie ist es, auf die Ambivalenz jeder gemeinsamen Strategie hinzuweisen und darauf, daß nicht alle Spielarten einer Kooperation – aus der Sicht der Gruppe und aus der des einzelnen – gleich positiv zu werten sind. Über den politischen Nutzen, den die eine oder andere Alternative bietet, muß jedoch nach anderen Kriterien entschieden werden.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
**Geschäftsführend:** Dr. Otto G. Mayer

**REDAKTION:**
Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Dipl.-Vw. Ira Lanz, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

**Anschrift der Redaktion:** Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 306/307

**VERLAG UND VERTRIEB:**
**Verlag Weltarchiv GmbH,** Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

**Bezugspreise:** Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,– (Studenten: DM 48,–) zuzüglich Porto

**Anzeigenpreisliste:** Nr. 13 vom 1. 1. 1983

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** Wünsch-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Für unverlangt eingereichte Manuskripte und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen. Die Redaktion behält sich bei zur Veröffentlichung vorgesehenen Aufsätzen eine Bearbeitung vor. Das Copyright liegt beim Verlag Weltarchiv GmbH.